

## Demographische Herausforderungen - Familie braucht Partnerschaft 2. bis 4. Februar 2006, Wien

Die Familie als Grundlage staatlichen und gesellschaftlichen Lebens steht im Brennpunkt des demographischen Wandels, welcher die europäische Politik insgesamt vor neue Herausforderungen stellt. Die veränderten Familienstrukturen und das Verhältnis der Generationen zueinander haben unmittelbare Auswirkungen auf die Sozialschutz- und Gesundheitssysteme, die Arbeitsmärkte und das Wirtschaftswachstum.

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung macht weit reichende Änderungen der Bevölkerungsstruktur in der Europäischen Union deutlich, die im Wesentlichen auf die steigende Lebenserwartung, die Zunahme der Altersgruppe der 60-Jährigen und die geringe Geburtenrate zurückzuführen sind. Laut Bevölkerungsprognosen von EUROSTAT dürfte der Anteil der 0- bis 40-jährigen Menschen an der Gesamtbevölkerung um etwa 25% zurückgehen. Die Zahl der 65- bis 79-Jährigen soll um 44%, jene der über 80-Jährigen sogar um 180% zunehmen. Gleichzeitig nimmt das natürliche Bevölkerungswachstum ohne Zuwanderung ab. Die Fruchtbarkeitsziffer liegt in allen Mitgliedstaaten unter der für die Erneuerung einer Generation nötigen Schwelle von 2,1 Kindern pro Frau; in vielen Mitgliedstaaten ist sie sogar unter 1,5 Kinder pro Frau gefallen.

Das Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik erfordert – neben einer durch Bewusstseinsbildung zu erzielenden Einsicht aller familienpolitischen Akteure – neue Konzepte der Familienpolitik. Zu begründen ist eine tatsächlich „neue Familienpolitik“ durch eine qualitativ neue Bezugnahme auf das Humanvermögen: Humanvermögen wird dabei verstanden als die Summe der von einer Generation an die nächste vermittelten Haltungen, Einstellungen, Werte, Fähigkeiten usw. Das setzt jedoch voraus, dass es tatsächlich Nachkommenschaft gibt, welche die Verkörperung des Humanvermögens darstellt. Dieses Humanvermögen entsteht durch und in Familien mit Kindern. Familienpolitik wird im Sinne von Humanvermögenspolitik bzw. –förderung als zentrale politische Zukunftsaufgabe neu begründet. Familie kann und soll als Motor einer Sozialreform wirksam werden.

Familien sollen zukünftig stärker als bisher „Protagonisten“ und Gestalter ihres Schicksals werden – das bedeutet für die Konzeption und Umsetzung zukünftiger familienpolitischer Maßnahmen, die Betroffenen schon möglichst frühzeitig einzubeziehen und ihnen ein hohes Maß an Mitverantwortung und Mitgestaltung einzuräumen. Familienbezogene Angebote und Dienstleistungen, welche primär die Kompetenz und Leistungsfähigkeit von Familien stärken und die Betroffenen einbeziehen und aktivieren, haben Vorrang vor solchen, welche darauf abzielen, Familien bloß zu „Objekten“ familienpolitischen Handelns zu machen. So erst steuern Familien eine umfassende Sozialreform und Familienpolitik.

Die demographischen Entwicklungen machen aktives Handeln auf nationaler und europäischer Ebene notwendig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein sowohl frauen- als auch männerpolitisch wesentlicher Faktor, um die demographischen Probleme zu lösen. Eine ganzheitliche Geschlechterpolitik bezieht zunehmend auch die Männer ein. Deshalb ist die neue Rolle der Väter in partnerschaftlich orientierten Familienstrukturen ein Schwerpunktthema der familienpolitischen Arbeit.

Mit der 1. Europäischen Väterkonferenz 2004 hat das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz erstmals in Europa ExpertInnen, VertreterInnen der Ministerien, NGOs und WissenschaftlerInnen aus dem familien- und geschlechterpolitischen Bereich aus 14 europäischen Ländern zusammengeführt, um verschiedene Modelle und Denkansätze rund um das Thema Vaterschaft zu diskutieren. Damit ist ein Grundstein für eine geschlechter- und generationengerechte Familienpolitik gelegt worden, in der die Väter eine wichtige Säule bilden.

Im Mai 2004 fand unter der irischen Präsidentschaft in Dublin die Konferenz „Families, Change and Social Policy in Europe“ statt, welche sich mit den wachsenden Veränderungen für Familien, u.a. im Hinblick auf Sozialpolitik auseinandersetzte.

Die Europäische Kommission hat mit dem Grünbuch „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ vom März 2005 einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Diskussion über die demographischen Entwicklungen geleistet. Im Grünbuch formuliert die Europäische Kommission Fragen zu den Themenbereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zuwanderung, bessere Integration von Jugendlichen, Modernisierung der Arbeitsorganisation, Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand, Langzeitpflege und die Rolle der Europäischen Union. Als vorrangige Prioritäten für die Europäische Union werden im Grünbuch vorgeschlagen, das demographische Wachstum durch die Konzentration auf den Stellenwert von Kindern und Familie in der Gesellschaft zu fördern, das Gleichgewicht zwischen den Generationen sicherzustellen und neue Übergänge zwischen den einzelnen Lebensabschnitten (Aus- und Weiterbildung, Erwerbstätigkeit, Elternschaft, Ruhestand) zu schaffen.

Mit der hochrangigen Expertenkonferenz zur demographischen Entwicklung am 11./12. Juli 2005 in Brüssel hat die Europäische Kommission die relevanten europäischen Akteure zu einem Informations- und Meinungsaustausch zusammengeführt.

Die Aktualität des Themas auf europäischer Ebene zeigt sich darin, dass sich die Staats- und Regierungschefs bei ihrem informellen Treffen in Hampton Court am 27. Oktober 2005 mit den Fragen der Demographie beschäftigten. Die Staats- und Regierungschefs waren sich einig, dass der demographische Wandel und seine Auswirkungen einen zukünftigen Schwerpunkt in der Arbeit der Europäischen Union darstellen sollen. Nach dem informellen

Treffen hat die Europäische Kommission in einem Zwischenbericht an den Europäischen Rat am 15./16. Dezember 2005 die Bewältigung der demographischen Herausforderung zu einem prioritären Schwerpunkt erklärt. Anfang des nächsten Jahres plant die Europäische Kommission, auf der Grundlage der Ergebnisse des Grünbuch-Konsultationsprozesses eine eigene Mitteilung vorzulegen.

Im Grünbuch sowie beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs wurde die große Bedeutung der Rolle der Familien betont. Die Familien sind der Schlüssel für die Zukunft auch und gerade in Fragen der Generationensolidarität. Die Suche nach praktischen Lösungen für familienfreundliche Politiken sowie nach besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch die Work-Life-Balance stellen wichtige Elemente für eine zukunftsweisende Politik dar.

Familienpolitik beeinflusst im Sinne einer „Querschnittsmaterie“ nicht nur viele andere Politikfelder, sondern steht in wechselseitiger Beeinflussung mit diesen. Die Vernachlässigung des Grundsatzes, für die „nachwachsende“ Generation im Sinne einer nachhaltigen Politik im gleichen Maße vorzusorgen wie für die nicht mehr im Erwerbsleben stehende, führt zur Verschuldung öffentlicher Haushalte, zu einer nicht verantwortbaren Belastung für kommende Generationen.

Die ständig steigenden Erfordernisse von Flexibilität, Verfügbarkeit, Mobilität, Rationalisierung usw. betreffen neben vielen anderen Lebensbereichen wie Kultur, Medien usw. auch weite Bereiche des familiären Zusammenlebens (z. B. bei der Verteilung und Erfüllung von Aufgaben in der Familie oder in der Organisation des familiären Alltags). Trotzdem, oder gerade deswegen kommt der Familie gesellschaftspolitisch gesehen entscheidende Bedeutung zu, die auch im Europäischen Jahr der Mobilität 2006 verstärkt thematisiert werden muss. Denn Stabilität und Lebensform der Familien prägen das soziale und kulturelle Leben.

Neben der Bedeutung der Familie für die Kinder werden die Leistungen von Familien hinsichtlich Pflege und Betreuung individuell und gesellschaftlich gesehen immer wichtiger, ja unverzichtbar.

Stets ist dabei das Prinzip der Wahlfreiheit und Leistungsgerechtigkeit von entscheidender Bedeutung: Es geht nicht um „Förderung“ oder gar „Privilegierung“ bestimmter Lebensformen, sondern um eine Wahrnehmung, Anerkennung und (teilweise) Abgeltung von Leistungen, die in und durch Familien im Interesse der gesamten Gesellschaft erbracht werden.

Familienpolitik als Querschnittsmaterie verlangt nach einer übergreifenden Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Bereiche. Dieser neue Ansatz einer „Allianz für die Familie“ wird durch neue Partnerschaften zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien

umgesetzt. Rechtzeitig zur EU-Ratspräsidentschaft wird in Österreich auf Grundlage eines EU-Projektes eine nationale Koordinierungsstelle eingerichtet, um die Wirkung und Nachhaltigkeit dieser Zusammenarbeit zu fördern.

Familienpolitik ist eine „demographische Langfristaufgabe“. Vorrangiges Ziel ist die Förderung der Entscheidung und Verantwortung für Kinder. Viel wäre in demographischer Hinsicht bereits erreicht, könnte die Kluft zwischen der gewünschten (ca. 2,3) und tatsächlichen Kinderzahl (derzeit 1,5) verringert werden.

Die Leistungen, welche in und durch Familien erbracht werden, sind für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung. Neben der Berücksichtigung von Leistungen wie Erziehung und Pflege, handelt es sich um eine offensichtliche Überlebensfrage Europas, da nur durch das Vorhandensein von Kindern die Generationenfolge und damit der Generationenvertrag gewährleistet sind.

Familienpolitik erhält einen neuen Stellenwert und ein höheres Gewicht als Konzept der politischen Kooperation und Integration. Auf der Ebene der Ziele und Maßnahmen ist mittelfristig eine neue Verständigung über Verantwortung, Kompetenzen und Aufgaben der verschiedenen Ebenen der Familienpolitik (Gemeinde, Region, nationale und europäische Ebene) erforderlich. Daher ist Familienpolitik als ein konsistentes, das heißt in sich widerspruchsfreies Politikfeld mit Querschnittscharakter, das den Bedürfnissen der Paare und Eltern entspricht, auszugestalten. Sie muss ebenso gleichberechtigungsorientiert sein wie eine konfliktfreie Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ermöglichen. Wohnverhältnisse und Wohnumfeldbedingungen sollten den Bedürfnissen von Familien entsprechen. Demographische Information und Bildung sind verstärkt im Bildungswesen zu berücksichtigen. Ein familiengemäßes Einkommen ist auch unter dem Gesichtspunkt der familiären Leistungen hinsichtlich der Erziehung der Kinder und der Pflege vor allem älterer Angehöriger sicherzustellen. Dazu dient eine familiengerechte Besteuerung ebenso wie die Berücksichtigung der Familienleistungen im Bereich der Sozialversicherung.

Die Ausgaben (Kosten) für diese Zukunftspolitik im Interesse aller sind notwendige Investitionen in die Zukunft der sozialen Sicherheit, wirtschaftlichen Prosperität und nachhaltigen Entwicklung Europas.

Die ExpertInnenkonferenz „Demographische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 ist eine Nachfolgeveranstaltung der Konferenz in Dublin von 2004. Sie stellt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die innerfamiliäre Partnerschaft und die Partnerschaft mit der Wirtschaft als Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Rolle der Väter als eine Säule stabiler Familienbeziehungen ins Zentrum der politischen Diskussion.

Aber auch dem Themenkreis Familie und Mobilität soll anlässlich des Europäischen Jahres der Mobilität 2006 ein Schwerpunkt gewidmet sein.

Unter Berücksichtigung der konkreten Vor- und Nachteile einer Berufstätigkeit im Ausland oder eines Arbeitsplatzwechsels sind die Auswirkungen auf die Familie zu hinterfragen. Gerade Familien mit schulpflichtigen Kindern oder zu pflegenden Angehörigen könnten durch örtliche Veränderungen sehr belastet werden.

Aber auch Nachbarschaften innerhalb der Gemeinde benötigen stabile Strukturen, um den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden.

Die Konferenz soll daher beleuchten, wie negative Effekte der Mobilität möglichst gering gehalten werden können und dennoch das für den europäischen Arbeitsmarkt nötige Maß an Mobilität erreicht werden kann.

